

Initiative sieht schon jetzt Vertragsbruch um Gmünder Krankenhaus

ERSTELLT AM 28. JÄNNER 2026 | 11:30

GMÜND Anna Hohenbichler



Das Landeskrankenhaus Gmünd ging vor über 20 Jahren von der Verwaltung durch die Stadt in die Hände des Landes, heute in Form der Landesgesundheitsagentur (LGA). FOTO: Archiv/Thomas Weikertschläger

Leistungsreduzierungen der vergangenen Jahre am Landeskrankenhaus Gmünd stehe der Verpflichtung des Landes entgegen, die sie der Stadt vor über 20 Jahren gab, sagt die Initiative „Lebensader Waldviertel“. Im Falle eines Rechtsstreits habe die Gemeinde eine gute Position.

Die Initiative „Lebensader Waldviertel“ um den ehemaligen Primar Hans-Martin Vischer meldet sich in Sachen Übergabevertrag zwischen Land NÖ und Stadtgemeinde Gmünd zu Wort. Das Land stelle seine rechtliche Position zur Zukunft des Krankenhauses als eindeutig dar, das sei sie aber nicht. In der vom Land beauftragten Stellungnahme der Kanzlei Wolf-Theiss wurden demnach nicht alle Bestimmungen des Übergabevertrages von 2004 vollständig berücksichtigt, zentrale Vertragspunkte seien unterschiedlich interpretierbar.

Der Vertrag verpflichtet das Land nach Auffassung der Initiative ausdrücklich, die Krankenanstaltspflege im Einzugsgebiet Gmünd dauerhaft auf hohem Niveau sicherzustellen. Sie sieht diese Verpflichtung alleine schon durch den jahrelangen Leistungsabbau – etwa den Wegfall chirurgischer Angebote, die Schließung der Gynäkologie und Geburtshilfe und zuletzt das Fehlen fachärztlicher Versorgung an Wochenenden – bereits verletzt. Die Beurteilung, Diagnosestellung und Behandlung werde Allgemeinmediziner*innen und „Turnusärzt*innen“ überlassen, oft gehe es um Akutfälle.

Die einen fahren erst zum Landesrat, die anderen waren schon

ÖVP-Landesrat Anton Kasser argumentiere mit Vorgaben aus Gesundheitsplänen, die den Vertrag einschränken würden. Der Vertrag könne aber nicht einseitig durch spätere Regelungen abgeändert werden, teilt „Lebensader Waldviertel“ mit. Eine Änderung sei nur im Einvernehmen beider Vertragspartner möglich. Bemerkenswert sei, dass selbst die Kanzlei Wolf-Theiss von einer „Restunsicherheit“ spricht. Die Stadtgemeinde Gmünd verfüge damit über eine nicht unerhebliche rechtliche Ausgangsposition. Ob sie diese auch gerichtlich geltend machen wird, liege nun beim Gemeinderat.

Am 29. Jänner hat die Initiative einen Gesprächstermin bei Kasser. Beim Verein #LKGmündbleibt war es schon am 22. Jänner so weit. „Wir haben nicht viel mehr erwartet als nette Worte und mehr haben wir auch nicht bekommen“, teilt der Verein in einer Aussendung mit: „Bei der Gelegenheit konnten wir mehr als 25.000 Unterschriften für den Erhalt des Landeskrankenhauses Gmünd übergeben.“ Die Argumente für die Schließung des Krankenhauses seien unseriös und wenig glaubwürdig, das Haus weder baufällig noch am Ende seiner Lebenszeit.

Dem Widerstand aus Gmünd haben sich inzwischen Initiativen aus anderen Landesteilen angeschlossen, die ein Aufschnüren des Gesundheitspakts 2040+ fordern. „Es geht um die Gesundheitsversorgung in unserer Region. Die große Mehrheit der Gmünder ist gegen die Schließung des Spitals. Daher werden wir uns weiter mit vollem Einsatz für die bestmögliche Gesundheitsversorgung vor Ort einsetzen“, sagt Obfrau Tamara Schönsigibl. Nächster Fixpunkt ist eine Demonstration anlässlich der Landtagssitzung in St. Pölten am 23. April.